



Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

Ein-Jahresbilanz von Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) Jahresbilanz der Bundesministerin Julia Klöckner

Inhaltsverzeichnis

I.	In dem Jahr wurde Strukturelles angepackt.....	2
II.	Ein Feld voller Widersprüche und Zielkonflikte - der rote Faden.....	3
III.	Implementierung eines neuen Leitbilds: Digitalisierung.....	5
IV.	Was wir getan haben.....	7
1.	Ernährungsqualität und Lebensmittelwertschätzung.....	7
2.	Zukunft Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau und Fischerei.....	9
3.	Mehr Tierwohl.....	12
4.	Biodiversität und Nachhaltigkeit.....	14
5.	Stärkung Ländliche Räume.....	16
6.	Europa und die Welt - Internationale Standards.....	18

I. In dem Jahr wurde Strukturelles angepackt

- **Größter BMEL-Haushalt, den es je gab:** Mit **6,32 Milliarden** Euro (2018: 6,02 Milliarden Euro) ist der Haushalt des BMEL für 2019 so groß wie nie zuvor – breitere thematische Ausrichtung wurde auch fiskalisch unterlegt
 - Im kommenden Jahr rechnen wir mit einer weiteren Erhöhung auf 6,5 Milliarden Euro.
- Weiterentwicklung der Organisationsstruktur des Hauses: Schaffung einer **neuen, achten Abteilung:** „**Landwirtschaftliche Erzeugung, Gartenbau, Agrarpolitik**“.
- Einführung von Digitalisierungsreferenten: Jede Abteilung erhält beim Abteilungsleiter angesiedelt eine/n **Digitalisierungsreferenten/in**, Einsetzung einer **Digitalisierungsbeauftragten** (Fachfrau vom Thünen-Institut, Prof. Hessel).
- **Neun Gesetzesentwürfe** wurden ins Kabinett gebracht, **fünf Kabinettsvorlagen, 17 Ministerverordnungen** wurden erlassen.
- **Zahlreiche Dialogformate**, um Interessengruppen zusammenzubringen.
- **Schwerpunktthemen** wurden definiert:
 - 1) Ernährungsqualität und Lebensmittelwertschätzung
 - 2) Zukunft Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau und Fischerei
 - 3) Mehr Tierwohl
 - 4) Biodiversität und Nachhaltigkeit
 - 5) Stärkung Ländliche Räume
 - 6) Europa und die Welt - Internationale Standards

II. Ein Feld voller Widersprüche und Zielkonflikte - der rote Faden

- **Es geht um Alltagsthemen** – jeder hat eine Haltung und Meinung zu Essen und Trinken, zur Landwirtschaft, zur Tierhaltung. Nahezu jeder kann und will mitreden. Die Zuständigkeiten des BMEL gleichen einem Fußballspiel, **tausende „bessere Trainer“** gibt es. Für Differenzierungen bleibt in der öffentlichen Wahrnehmung und Debatte wenig Raum.
- Gerade die BMEL-Zuständigkeiten sind mit **Alles-oder-nichts-Debatten**, schwarz-weiß-Diskussionen von Interessenverbänden und NGOs konfrontiert: Während die einen pauschal von „Agrarlobbyismus“ sprechen, sprechen die anderen von „Bauern-Hetzjagd“.
- Der **Kompromiss und der Konsens** scheinen gerade in diesem Bereich **aus der Mode gekommen zu sein**. Es ist zu einfach geworden, die Landwirtschaft abzustempeln als „Tierquäler“, „Umweltvergifter“, „Subventionsempfänger“, „Insektenzerstörer“. Umgekehrt gibt es die Reflexe: „Wir sind nur Opfer“, „Wir haben schon genug getan“, „Die anderen haben keine Ahnung“.
- Daraus resultieren zahlreiche, sich **widersprechende 100-Prozent-Forderungen** verschiedener Interessengruppen.
- Was bei den Forderungen außer Acht bleibt: **Die Zielkonflikte**. Widersprüchlichkeiten gibt es zwischen Erwartungshaltung an andere und der eigenen Verhaltensebene:
 - Wir wollen sichere Ernten und ansehnliches Obst und Gemüse, aber keine Pflanzenschutzmittel.
 - In den Regalen soll die Auswahl bis in den Abend groß und frisch sein, aber Supermärkte sollen bestraft werden, wenn sie etwas wegwerfen.
 - Wir wollen regionale Produktion um die Ecke, aber fordern immer mehr Auflagen, die es gerade den Kleinbetrieben schwierig macht, zu überleben.
 - Wir sind für mehr Tierwohl, aber selten bereit, mehr Geld dafür auszugeben.
 - Oft gelten nur noch Gesetze als Tatkräftigkeit der Politik, aber einen Nanny-Staat will keiner.
 - Landwirte werden für Artensterben und Umweltverschmutzung verantwortlich gemacht, aber selbst hat man nichts gegen Kreuzfahrten, Privatflüge oder schnelle Autos.

- Bauern werden als Agrarlobbyisten abgetan, aber das Höfesterben wird beklagt.
 - Die einen sprechen vom Einknicken vor der Industrie, die anderen vom Bevormunden des Bürgers.
 - Nahrungsmittel sollen laut Ernährungsbericht als aller erstes schmecken, aber der Staat soll Höchstmengen von Zucker, Fett und Salz gesetzlich festlegen.
- **Die große Herausforderung und politische Aufgabe:** Der Komplexität der Themen gerecht zu werden, sich nicht schnellen Schlagzeilen und einfachem Applaus hinzugeben, vom Ende und dem Erreichen des politischen Ziels her zu denken – und nicht automatisch und ausschließlich vom Aktionismus eines Gesetzes oder Verbotes.
- Der Kompromiss scheint gerade bei den **emotionalen Themen wie Umwelt, Klima, Ernährung, Tiere** unpopulär zu sein.
- Aber: Guter Politik geht es darum, **die Enden zusammenzubringen**, eine Balance zu finden – um am Ende die Gesellschaft zusammen zu halten.
- Die Bundesministerin sieht sich dem **Ausgleich und dem Allgemeinwohl** verpflichtet, nicht einzelnen Interessengruppen.
- Ein Politikstil, der alle Beteiligten an einen Tisch holt und sie **verbindlich in die Pflicht nimmt**, ist dabei erfolgversprechend. **Gesetze sind kein Selbstzweck.**
- Es geht um **Wirksamkeit der Maßnahmen** und darum, die Ziele zu erreichen.
- Dafür braucht es einen **Instrumentenmix**, der auch, aber nicht nur das Ordnungsrecht umfasst.

III. Implementierung eines neuen Leitbildes: Digitalisierung

- Erstmalige Auflage eines **Programms zur Digitalisierung in der Landwirtschaft** (10 Millionen Euro in 2018; 15 Millionen in 2019).
- Die Digitalisierung hilft, **Zielkonflikte** – etwa zwischen Ertragssicherung und dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln – **zu entschärfen**.
- **Präzisionslandwirtschaft** hilft, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln drastisch zu reduzieren, passgenau aufzutragen. Auch Dünger kann punktuell, zur genau richtigen Zeit, an der exakt passenden Stelle ausgebracht werden. Weniger ist mehr und effizienter. Ein Weg, um aus der Alles-oder-nichts-Falle herauszukommen.
- Digitalisierung hilft, Tierwohl zu messen und zu mehr. Statt Bauchgefühldebatten verlässliche Daten und Fakten als Grundlage nutzen. Digitalisierung kann zu mehr **Tierwohl, Umwelt- und Verbraucherschutz** beitragen, eröffnet den ländlichen Räumen neue Perspektiven.
- Erschließung von **Digitalisierungspotentialen in allen Politikfeldern** des BMEL durch die neu eingerichteten Digitalisierungsreferenten in jeder Abteilung.
- **Neue Pilotprojekte - Ausschreibung digitaler Test- und Experimentierfelder:**
 - Fokus auf angewandte Landwirtschaft und Dörfer mit Praxisbetrieben
 - **Hohes Interesse: 25 Projektskizzen wurden eingereicht**
 - Die besten und förderwürdigsten werden gerade ausgewählt: Finanzierung zweite Halbjahr 2019
- Auftritt des BMEL auf der Internationalen Grünen Woche unter dem Motto „**Und was gibt's morgen? Landwirtschaft mit Herz und Drohne**“.
 - U.a. Präsentation eines digitalen Milchviehstalls, eines digitalen Weinbergs, digitalen Pflanzenschutzes sowie intelligenter Verpackungen
- Global Forum for Food and Agriculture (GFFA) – Bundesministerin Klöckner hatte eingeladen mit 75 Agrarministern zur weltweit größten Agrarministerkonferenz. Thema: „**Landwirtschaft digital – Intelligente Lösungen für die Landwirtschaft der Zukunft**“
 - Beschluss zur Einrichtung eines **internationalen Digitalrats** bei der FAO

- Start des Förderprogramms für die ländlichen Räume „**Land.digital**“: 68 **innovative Modellprojekte**, in denen wir digitale Kleinprojekte, wie zum Beispiel Apps zur Vernetzung des dörflichen Lebens, fördern.

IV. Was wir getan haben

1. Ernährungsgqualität und Lebensmittelwertschätzung

Als BMEL verfolgen wir *einen ganzheitlichen Ansatz, um einen gesundheitsfördernden Lebensstil zu ermöglichen – in allen Lebensphasen soll ernährungsbedingten Krankheiten entgegengewirkt werden. Dabei wollen wir nicht bevormunden, sondern unterstützen und motivieren, die gesunde Wahl zur einfachen Wahl machen. Damit verbunden ist auch eine höhere Wertschätzung für unsere Mittel zum Leben – denn zu viele landen im Müll oder werden anderweitig verschwendet.*

- **Erstmalig: Abschluss einer Grundsatzvereinbarung mit der Wirtschaft und Kabinettsbeschluss** zur „Nationalen Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten“
 - U.a. hat sich die Lebensmittelwirtschaft verpflichtet, **20 Prozent weniger Zucker in Frühstückscerealien** und **15 Prozent weniger in Erfrischungsgetränken** einzusetzen.
 - Umsetzung und Einhaltung der Zielvereinbarungen wurde durch ein **Begleitgremium** aus Ärzten, Praktikern, Krankenkasse etc. kontrolliert, zudem gibt es ein **wissenschaftliches Monitoring**
- **Kabinettsbeschluss** zur Nationalen Strategie gegen Lebensmittelverschwendung: Erstmals werden alle fünf Sektoren einbezogen
 - a) Primärproduktion,
 - b) Verarbeitung,
 - c) Groß- und Einzelhandel,
 - d) Außer-Haus-Verpflegung
 - e) private Haushalte.
 - In allen Sektoren gibt es Dialogforen, in denen Zielvereinbarungen zur Reduzierung getroffen werden.
- Umsetzung der Koalitionsvereinbarung: **Erster Schritt zur Weiterentwicklung der Nährwertkennzeichnung** eingeleitet.
 - Beauftragung des Max Rubner-Instituts zur wissenschaftlichen Auswertung der unterschiedlichen Nährwertkennzeichnungsmodelle, die auf dem Markt sind (wird erwartet im ersten Halbjahr 2019).
 - Noch in 2019 soll eine verbraucherfreundlichere Nährwertkennzeichnung erarbeitet werden.

-
- Maßnahmen im Bereich der **Verbesserung der Ernährung** in allen Lebensphasen :
- Gründung des **Instituts für Kinderernährung** am Max Rubner-Institut in Karlsruhe: Das Institut forscht interdisziplinär, wie soziale, psychologische und physiologische Einflussfaktoren die Ess- und Trinkgewohnheiten von Kindern prägen.
 - **Bessere finanzielle Ausstattung** der Vernetzungsstellen für Kita- und Schulverpflegung.
 - **Veröffentlichung einer neuen Studie** zum Schulessen: Einhaltung der DGE-Standards kostet durchschnittlich nur vier Cent mehr pro Essen.
 - Erweiterung des Aufgabenbereichs, erstmalig spielt die Seniorenernährung eine Rolle: Gründung von **Vernetzungsstellen** in den Ländern, Ausbau der Forschung zu „**Ernährung und Demenz**“ sowie „**Ernährung und Diabetes**“.
- Mehr Mittel für das **Nationale Qualitätszentrums für Ernährung** in Schulen.
- Intensivierung der **Ernährungsbildung**
- Ernennung eines **Chefkoordinators für Lebensmittelsicherheit** als Bindeglied zwischen den europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörden und den Behörden der Länder.
- **Stärkung der Verbraucherinformation**
- Das BMEL hat einen Gesetzentwurf zur **Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches** vorgelegt. Mit diesem soll die Vorgabe des BVerfG umgesetzt werden, in dem eine Lösungsfrist von sechs Monaten nach Einstellen der behördlichen Information in § 40 LFGB eingefügt werden soll.
 - Der Gesetzentwurf ist am 1. August 2018 vom Kabinett beschlossen worden.
- Vorstellung des **BMEL-Ernährungsreports 2019 - „Wie Deutschland is(s)t?“** - repräsentative Umfrage zu den Ernährungsgewohnheiten in Deutschland

2. Zukunft Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau und Fischerei

Der Beruf der Landwirte ist einer der wichtigsten, denn sie sorgen für unser tägliches Essen und Trinken. Die Landwirtschaft schafft Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen: Wenn sie wegfällt, wird aus Landschaft einfach nur noch Gegend. Als BMEL setzen wir uns ein für eine flächendeckende, bäuerliche, wettbewerbsfähige, moderne Landwirtschaft, die auch der jungen Generation Lust auf die Grünen Berufe macht.

- Dauerhafte **Einführung der 70-Tage-Regelung** für Saisonarbeitskräfte
 - Wir essen z.B. gerne Spargel: Zur Ernte muss der Landwirt dann aber auch unbürokratisch die Arbeitsspitzen abdecken können – dafür haben wir gesorgt.
- Erhalt einer **eigenständigen agrarsozialen Sicherung**.
- Durchführung des **Dürrehilfeprogramms** für existenzbedrohte Betriebe:
 - Bis zum 15. Januar sind bundesweit **9.463 Anträge** eingegangen.
 - Anträge mit einem Volumen von **84,5 Millionen Euro** wurden bis zum 31. Januar 2019 bewilligt.
 - Nachfrage ist sehr gut – Zahlen widerlegen die anfängliche Kritik, dass die Maßnahme aufgrund zu strenger Förderkriterien ins Leere laufen.
- Hilfe für von **Extremwetter betroffene Waldeigentümer**:
 - Neue Fördermaßnahmen zur Bewältigung der durch Extremwetterereignisse verursachten Folgen im Wald wurden in die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK): Dafür Bereitstellung von **25 Millionen Euro zusätzlich**.
- Ansiedlung des neuen **Kompetenz- und Informationszentrum für Wald und Holz** als eigenständige Organisationseinheit innerhalb der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR) am Standort **Gülzow-Prüzen in Mecklenburg-Vorpommern**.
- Ernennung eines **Bundeswaldbeauftragten** – Cajus Caesar.
- **Zuckermarkt**: Wettbewerbsverzerrung bei gekoppelten Direktzahlungen und Notfallzulassungen von Neonikotinoiden in anderen EU-Mitgliedsstaaten. Daher Intervention des BMEL bei der EU-Kommission.
- B.M.G.-Insolvenz im März 2018: Initiierung eines **Liquiditätssicherungsprogramms** mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank für Milchviehbetriebe.
- Vorlage eines **Wolfsmanagementprogramms**:

- Der Wolf hat keine natürlichen Feinde, ein Rudel wächst um 35 Prozent pro Jahr. In ländlichen Regionen wird der Wolf daher anders als in der Stadt wahrgenommen. Weidetiere werden – trotz bestmöglicher Herdenschutzmaßnahmen – in zunehmender Zahl von Wölfen gerissen, ebenso Rinder und Pferde.
 - Den Wolfsbestand und die Größe der Rudel müssen wir **präventiv regulieren können** – europarechtskonform und rechtssicher.
- Präventionsmaßnahmen zur **Vermeidung der Afrikanischen Schweinepest**: Änderung des **Tiergesundheitsgesetzes** und des **Bundesjagdgesetzes**, um einen Ausbruch zu verhindern und ggf. effektiv reagieren zu können.
- Schaffung eines **Kompetenznetzwerks Nutztierstrategie** unter Leitung des ehemaligen Bundeslandwirtschaftsministers **Jochen Borchert**.
- Das BMEL hat eine Verordnung auf den Weg gebracht, die es den Landwirten ermöglicht, die **Isoflurannarkose** (Vollnarkose) bei der Ferkelkastration selbst durchzuführen – nach Erlangung eines **Sachkundenachweises**. Wir fördern die Anschaffung der dafür benötigten Narkosegeräte.
- Start der Entwicklung einer **Ackerbaustrategie**: Dabei geht es um gesunde Böden, den Schutz der Artenvielfalt, die Präzisionslandwirtschaft - und die Sicherung unserer Nahrungsmittelproduktion.
- **Aufstockung des Bundesprogramms Ökologischer Landbau** von 20 auf 30 Millionen in den Jahren 2018 und 2019.
- Bereitstellung von 1,6 Millionen Euro jährlich für die **Zierpflanzen- und Gartenbauforschung**.
- Mit der **Bodenzustandserhebung** hat das BMEL erstmalig eine umfassende und repräsentative Inventur der landwirtschaftlich genutzten Böden durchgeführt und vorgestellt.
- Schaffung einer **Arbeitseinheit Bodenmarkt**: Hilfestellung für die Bundesländer, damit Ackerland nicht in Spekulationshände gelangt.
- Maßnahmen im Bundesprogramm zur **Aufbereitung von Wirtschaftsdünger**, zur besseren Nährstoffversorgung der Pflanzen und zur Verringerung der Umweltbelastungen.
- Mitwirkung an der europäischen Initiative gegen **unlautere Handelspraktiken**
- Förderung der Energieeffizienz im Gartenbau (Gewächshäuser) – **Programm des BMEL trägt erfolgreich zum Klimaschutz bei**. Aufstockung der Haushaltsmittel von 25 auf 33 Millionen Euro.

- Wiedereinbeziehung des deutschen **Weins in die Exportförderung**.
- **Gemeinsame europäische Agrarpolitik:**
- Klares Bekenntnis zum **Zwei-Säulen-Modell** – Beibehaltung der ersten Säule zur Zukunftssicherung der kleinen und mittleren Betriebe.
 - **Erste Hektare müssen stärker gefördert werden**, aber keine obligatorische Kappung: Für jeden Hektar, der umwelt- und klimafreundlicher bearbeitet wird, muss der Landwirt auch gefördert werden.
 - **Zahlungen müssen bei den bäuerlichen Familien ankommen**, nicht bei Agrarspekulanten: Unternehmensverbände müssen als ein Antragssteller gelten, damit sie nur einmal die Umverteilungsprämie erhalten.
 - **Mehr Umwelt-, Klima- und Naturschutz:** Das vorgesehene Mehr an Flexibilität für die Mitgliedsstaaten darf dabei nicht zu einem Umweltstandard-Dumping führen. Die Kriterien müssen effizient, zielgerichtet, letztlich aber auch umsetzbar sein. Auf die Ergebnisse kommt es an, nicht auf den Prozess.
 - **Entbürokratisierung:** BMBC wird mit den Bundesländern konkrete Maßnahmen zusammenzustellen, für eine stärkere Entbürokratisierung. Konkret geht es zum Beispiel um Doppeldokumentationen oder Mehrfachmeldungen.

3. Mehr Tierwohl

Tiere sind Mitgeschöpfe, keine Wegwerfware. Wir wollen den Tierschutz in Deutschland weiter verbessern und gleichzeitig die Produktionsbedingungen in Deutschland zukunftssicher machen. Die Kosten für ein Mehr an Tierwohl kann nicht allein der Landwirt tragen, sondern muss ein gesamtgesellschaftliches Anliegen sein.

- Vorlage eines Gesetzentwurfs zum **Tierwohlkennzeichen** (liegt zur Notifizierung in Brüssel) und Entwicklung der **Kriterien für die entsprechende Verordnung**.
 - Kennzeichen hat drei Stufen mit verbindlichen, überprüfbaren, anspruchsvollen **Kriterien**, die über dem gesetzlichen Mindeststandard liegen.
 - Das staatliche Kennzeichen gibt dem Verbraucher eine **Orientierung**: Es wird sichtbar, in welchem Produkt ein Mehr an Tierwohl steckt.
 - Für den Verbraucher ist zur Einführung eine begleitende **Informationskampagne** geplant.
 - Wir beginnen mit den Schweinen, **weitere Tierarten werden folgen**.
- **Einstieg in den Ausstieg aus dem Kükentöten**:
 - Förderung der Entwicklung praxistauglicher Verfahrens **mit 6,5 Millionen Euro** –Durchbruch bei der Anwendungsmöglichkeit.
 - Das Verfahren wird nun ausgebaut, pro Woche werden 100.000 Eier aus diesem Verfahren verkauft. Ab 2020 steht es flächendeckend zur Verfügung.
- Ein ressortabgestimmter **Verordnungsentwurf zur verpflichtenden Einhaltung neuer Anforderungen an die Kastenstandhaltung** von Sauen liegt vor: Neuregelung muss den Tierschutz (mehr Platz) und ökonomische Gesichtspunkte berücksichtigen, um weitere Strukturbrüche zu vermeiden.
- Aktualisierung verschiedener **BMEL-Haltungsgutachten**, u.a. Straußengutachten, um artgerechte Haltung dieser Tiere sicherzustellen.
- Umsetzung der Nutztierstrategie – u.a. Einrichtung von Innovationsnetzwerken und Experimentierställen zur Entwicklung von „**Ställen der Zukunft**“.
- Verbesserung des Tierschutzes bei exotischen Tieren (**Exopet-Studie**) - stärkere Regulierung und Überwachung des Anbietens von Tieren im Internet, Verbesserung der Sachkunde des Personals im gewerblichen Handel.

- Einwirken auf die Bundesländer, ihrer Zuständigkeit im Bereich der **Tierschutzkontrollen** besser nachzukommen.
- Einwirken auf die Bundesländer, sich bei **Tiertransporten in Drittländer** besser abzustimmen.

4. Biodiversität und Nachhaltigkeit

Auf den Schutz und den Erhalt der biologischen Vielfalt sind wir Menschen und ist die Landwirtschaft angewiesen. Mit Blick darauf und den Klimawandel muss die Landwirtschaft noch nachhaltiger und ressourcenschonender werden. Das muss angemessen honoriert werden, damit die Bäuerinnen und Bauern ein angemessenes Einkommen erwirtschaften können.

- Vorlage eines **10-Punkte-Maßnahmenpakets zum Klimaschutz** in der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft.
 - Senkung der Stickstoffüberschüsse und -emissionen einschließlich Minderung der Ammoniakemissionen und gezielte Verminderung von Lachgasemissionen
 - Energetische Nutzung von Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft und landwirtschaftlicher Reststoffe in Biogasanlagen
 - Emissionsminderung in der Tierhaltung
 - Ausweitung der ökologisch bewirtschafteten Fläche
 - Erhöhung der Energieeffizienz in der Landwirtschaft und im Gartenbau
 - Humusaufbau im Ackerland
 - Erhalt von Dauergrünland
 - Schutz von Moorböden einschließlich Reduzierung der Torfverwendung in Kultursubstraten
 - Erhalt und nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder und Holzverwendung
 - Vermeidung von Lebensmittelabfällen
- Beginn der Abstimmung zur **Torfschutzstrategie**
- Vorlage einer **Minderungsstrategie für den Einsatz von Glyphosat**
 - Verbot von Glyphosat für nichtberufliche Anwender.
 - Verbot der Anwendung auf Flächen wie Parks und Sportstätten, in Naturschutzgebieten und in der Nähe von Gewässern.
 - Einschränkung der Anwendung auf landwirtschaftlichen Fläche
 - Verstärkung der Forschung an Alternativen
- Verbot dreier **bienenschädlicher Neonikotinoide mit den Wirkstoffen Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam** im Freiland – sie dürfen seit dem 19. Dezember dort nicht mehr angewendet werden

- **Konsequenter Bienenschutz:** Keine Notfallzulassungen dieser Wirkstoffe bei den Saatgutbeizungen für Zuckerrüben.
- **Bienen- und Insektenschutz:** Für die Forschung zum Insektenschutz hat BMEL allein 2018 rund sechs Millionen Euro investiert:
- Bundesweites „Monitoring der **biologischen Vielfalt in Agrarlandschaften**“ gestartet.
 - Das BMEL **unterstützt weitere Initiativen**, um die Lebensbedingungen von Bienen- und Insekten zu fördern. Mit mehr als 500 Gartencentern und Gartencentern wurde bspw. die Aktion "Bienen füttern" ins Leben gerufen.
- **Schutz des Grundwassers durch Anpassung der rechtlichen Regelung.**
- **Überarbeitung der Düngeverordnung** mit stärkerer Reglementierung der Ausbringung von Dünger.
 - Umsetzung der erhöhten Vorgaben der EU-Kommission bei der Ausbringung von Dünger, mit dem Ziel, den Nitratgehalt im Grundwasser zu senken.

5. Stärkung Ländliche Räume

Die ländlichen Räume sind die Kraftzentren unseres Landes, die Mehrheit der Deutschen hat hier ihre Heimat. Die Hälfte unserer Wirtschaftsleistung wird hier in mittelständischen Unternehmen erbracht. Deshalb darf es kein Deutschland der zwei Geschwindigkeiten geben, es geht um Augenhöhe zwischen Stadt und Land und um gleichwertige Lebensverhältnisse.

- Aufwertung des Themas durch Verknüpfung mit dem Thema digitale Innovation in einer **neuen Abteilung** des BMEL.
- Verstärkte Finanzierung der Projekte in den Dörfern: Bundesprogramm ländliche Entwicklung (**BULE**) wird auf hohem Niveau fortgeführt.
 - Bis 15. Januar 2019 lief die Einreichungsfrist von „Land.Forschung Digital“ (Förderaufruf „Ländliche Räume in Zeiten der Digitalisierung“, um Erkenntnisse zu den Wirkungen der Digitalisierung in ländlichen Räumen zu gewinnen) – **89 Projektskizzen** wurden eingereicht.
 - Gegenwärtig läuft die Bekanntmachung **„Land.Mobil – unterwegs in ländlichen Räumen“**. Bewerbungen sind bis zum 1. April 2019 möglich.
 - Projektstart im Herbst 2019: **„Hauptamt stärkt Ehrenamt“** und **Nahversorgung**.
- Errichtung eines **Sonderrahmenplan „Ländliche Entwicklung“** mit den Ländern – für 2019 stehen 150 Millionen Euro mehr an Bundesmitteln zur Verfügung
- Gründung des **„Aktionsbündnis Leben auf dem Land“** mit:
 - dem Deutschen Landkreistag,
 - dem Deutschen Städte- und Gemeindebund,
 - dem Zentralverband des Deutschen Handwerks,
 - dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag.
- Einsetzung der **Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“** mit Bundesministerin Julia Klöckner als **Co-Vorsitzende**:
 - Kommission betrachtet ländliche Räume als eigenständige Teilräume mit besonderen Aufgaben, Bedürfnissen und Entwicklungspotenzialen; nicht als Gegenteil von Städten, nicht als Randlagen zwischen Städten. **Es geht um passgenaue Lösungen – keine Gießkannenpolitik.**

- Berichte der Facharbeitsgruppen werden bis Mai 2019 vorliegen, der **Abschlussbericht der Kommission** ist für Juli 2019 geplant.
- Vorschlag, das **Grundgesetz (Art. 91a) zu ändern**, um eine strukturelle Förderung für den ländlichen Raum zu ermöglichen (Gemeinschaftsaufgabe):
- Der **Begriff „ländliche Entwicklung“** soll in der **GAK ergänzt werden**.
 - Wir wollen die **Fördersysteme für ländliche Räume breiter** aufstellen, damit ländliche Entwicklung als **gemeinschaftliche Aufgabe von Bund und Ländern** aktiver gestaltet werden kann.
- Berufung und Konstituierung des zweiten **Sachverständigenrats Ländliche Entwicklung (SRLE)**.

6. Europa und die Welt - Internationale Standards

Landwirtschaftspolitik ist auch Sicherheitspolitik. Freier, verantwortungsbewusster Handel und eine globale Ernährungssicherung sind wichtige Beiträge, um Konflikte zu vermeiden und Fluchtursachen zu bekämpfen. Mit unserem Know-how tragen wir auch in anderen Teilen der Welt zum Aufbau einer produktiven und nachhaltigen Landwirtschaft bei. Deutschland trägt Verantwortung über seine Grenzen hinaus. Export stärkt den Wirtschaftsstandort Deutschland.

- **G20-Agrarministertreffen** 2018 in Buenos Aires, Argentinien: Gemeinsame Erklärung zu gesunden Böden, Herausarbeitung von Kriterien für nationale bzw. regionale Ackerbaustrategien.
- Vertretung deutscher Interessen innerhalb der EU.
- **Forum Nachhaltiges Palmöl (FONAP)**: Bewilligung einer dritten Förderphase (1,5 Millionen Euro).
- **Forum Nachhaltiger Kakao**: Ausrichtung der Weltkakaokonferenz in Berlin und Zielvereinbarung, den Anteil des nachhaltig erzeugten Kakaos in Schokoladenwaren, die in Deutschland verkauft werden, bis zum Jahr 2020 auf 70 Prozent zu erhöhen. Vorstellung eines 10-Punkte-Plans für nachhaltigen Kakao mit dem BMZ.
- **Europäische und internationale Vernetzung:**
 - **Austauschprogramm mit China** für junge Fachkräfte im Agrarsektor neu vereinbart.
 - Nachhaltige Etablierung des **Deutsch-Marokkanisches Exzellenzzentrums** für Landwirtschaft.
 - Neues regionales Projekt zum Weinrecht in allen sechs Ländern des **Westbalkans**.
 - **Zusammenarbeit mit der Ukraine intensiviert**: Stärkung staatlicher Strukturen und der Selbstorganisationskräfte der Wirtschaft, sowie landwirtschaftliche Ausbildung im Fokus.
- **Handel/ Export:**
 - Durch Einsatz des BMEL konnten die **Absatzmärkte** für Tiere und tierische Erzeugnisse in Drittländern in den vergangenen zwölf Monaten **erhalten und erweitert** werden.
 - Ausbau der **e-Zertifizierung** bei weiteren Produkten und Zielländern.
 - Aufbau einer **eLearning-Plattform** zur Veterinärzertifizierung beim Drittlandexport durch die Länder und den Bund.
 - Aufbau eines digitalen Informationssystems für exportinteressierte KMU, Start im zweiten Halbjahr 2019.

- **Global Forum for Food and Agriculture (GFFA):** Weltweit einzigartiges Forum, größte globale Agrarministerkonferenz (75 Länderbeteiligungen, zwölf internationale Organisationen). Hauptergebnisse – die FAO wurde beauftragt Folgendes umzusetzen/zu entwickeln:
 - Konzept für einen **internationalen Digitalrat** zur Beratung in Fragen der Digitalisierung und den Austausch von Ideen.
 - **Technologiefolgenabschätzung:** Chancen und Risiken der Digitalisierung für die Landwirtschaft sollen abgewogen werden.
 - Digital-Diagnose-Instrument: Zur Erfassung und zum Vergleich des jeweiligen **Digitalisierungsgrads** in den Ländern.

- Vorlage einer **Außenwirtschaftsstrategie**.